

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

15.4.1932 (No. 88)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Verantwortl.
Nr. 958
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. A. M. u. b.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstag 15 Reichspfennig. — Anzeigenpreis: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen trittlicher Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Berechnung mit dem Anzeigenpreis des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vertretung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsbasis erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Volksblätter, Antilige Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Baden und die Auflösung der SA.

Erklärungen des Staatspräsidenten im Badischen Landtag

Zur Badischen Landtag gab am Donnerstagmorgen der Eintritt in die Tagesordnung Staatspräsident Dr. Schmitt folgende Erklärung ab:

„Der Herr Reichspräsident hat die Sturmabteilungen und die Schutzstaffeln der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei mit allen ihren Einrichtungen aufgelöst. Die badische Regierung begrüßt es, daß ihre seit Monaten wiederholt und nachdrücklich in Berlin vorgetragener Wunsch endlich erfüllt ist. Es geht nicht an, daß im Staat noch ein anderer Staat besteht. Die öffentliche Gewalt darf nur in der Hand der verfassungsmäßigen Regierung liegen. Es ist unerträglich, daß eine politische Partei eine militärisch organisierte Privatarmee besitzt, mit der sie ihre Umsturzbestrebungen durchzuführen versuchen kann. Der Staat hat das Recht, hier sogar die Pflicht zur Notwehr. Untätig zuzusehen, siehe für den Staat, sich selbst aufzugeben. Die Geduld der Regierung währte lange, vielleicht zu lange.“

Das Gebot der Selbsterhaltung legt aber dem Staat mit zwingender Notwendigkeit noch eine andere Aufgabe auf. Zahlreiche Beamte haben in der letzten Zeit ihre beschworene Treuepflicht gegen den Staat gröslich verletzt. Die Regierung darf und kann hier nicht mehr lange zusehen, wenn nicht das Vertrauen des Volkes zum Staate erschüttert werden soll.

Die Regierung mahnt deshalb alle Beamten, den Legalitätsbegriffen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei keinen Glauben mehr zu schenken. Die Regierung hat das Vertrauen zu ihren Beamten, daß sie, nachdem der Herr Reichspräsident so deutlich gesprochen hat, zu ihrer Pflicht zurückkehren.

Gegen diejenigen, welche trotz dieser Ermahnungen sich im Sinne der kommunistischen Partei oder der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei betätigen, wird die badische Staatsregierung folgende Maßnahmen ergreifen:

1. Den außerplanmäßigen Beamten, den Angestellten und Arbeitern wird die Regierung das Dienstverhältnis im Rahmen der Gesetze kündigen.
2. Gegenüber den widerrechtlich angestellten planmäßigen Beamten wird die Regierung gemäß § 4 des Beamtengesetzes den Widerruf der Aufstellung ausprechen und das Dienstverhältnis kündigen.
3. Für die unwiderruflich planmäßigen Beamten gilt folgendes:

a) Sie haben diejenigen Folgen zu tragen, welche sich wegen Verletzung der Treuepflicht gegen den Staat auf Grund von Disziplinarverfahren nach Maßgabe der bestehenden Gesetze ergeben.

Im übrigen sind b) die sogenannten politischen Beamten im Sinne des § 27 des Beamtengesetzes in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen.

c) Bei dem Abbau nach Artikel 53 § 3 der Haushaltsverordnung vom 9. Oktober 1931 sind die betreffenden Beamten vorzugsweise in Aussicht zu nehmen.

Die Staatsregierung erwartet, daß die Gemeinden ähnlich verfahren. Wegen der Reichsbeamten und der Reichsbahnbeamten wird sich die badische Staatsregierung an die Reichsregierung wenden.

Diese Maßnahmen sind notwendig, um eine der wichtigsten Säulen des Staates, nämlich die Beamtenschaft, vor Zersetzung und damit den Staat selbst vor Niedergang zu bewahren.“

Die Maßnahmen gegen SA. und SS. in Württemberg

Vom Polizeipräsident Stuttgart wird mitgeteilt: Im Verfolg der vom Reichsminister des Innern verfügten Auflösung der SA. und SS.-Formationen der NSDAP. hat die Polizeipräsident Stuttgart (Landesstrafpolizei) im Verlauf des Donnerstags die notwendigen Durchsuchungen im ganzen Lande vorgenommen. Das sichergestellte Material wird in den nächsten Tagen einer Durchsicht unterzogen werden.

Beschlagnahmtes SA.-Material in Oeffen. Nach einer amtlichen Mitteilung aus Darmstadt haben die Durchsuchungen in den SA.-Büros umfangreiches Material über den Charakter der SA. und SS.-Formationen und ihre Tätigkeit zutage gefördert. Schon jetzt habe die Prüfung ergeben, daß das Verbot der Reichsregierung in jeder Hinsicht berechtigt und dringend erforderlich war. — Die Nationalsozialisten haben die Einberufung des Landtags beantragt.

Letzte Nachrichten

Die Auflösung der SA. und ein Savas-Dementi

Keine deutsch-französische Vereinbarung

W.D. Paris, 15. April. (Tel.) Die Agentur Savas gibt in einer Berliner Meldung Erklärungen wieder, die Hitler gestern vor Vertretern der angelsächsischen Presse über die Auflösung seiner Sturmabteilungen abgegeben hat, und hebt die Stelle hervor, in der Hitler behauptet, daß die Auflösung auf Ersuchen Frankreichs erfolgt sei, und daß im Juli 1931 der Reichsminister bei seinem Besuch in Paris der französischen Regierung ein solches Versprechen gegeben habe.

Der Berliner Korrespondent der Agentur Savas bemerkt zu diesen Behauptungen: Nicht nur nicht hat die Reichsregierung im Juli irgendein Versprechen dieser Art der französischen Regierung gegeben, sondern sie hat sogar eindeutig erklärt, daß sie irgendeine derartige Verpflichtung nicht übernehmen könne. Wir glauben versichern zu können, daß weder im Juli noch später zwischen Frankreich und Deutschland irgendeine Aussprache über die innenpolitische Lage Deutschlands stattgefunden hat, die im geringsten eine Geschichte rechtfertigen könnte, die zum Zweck einer nur zu offensichtlichen innerpolitischen nationalsozialistischen Propaganda erfunden ist.

Aus Berlin wird amtlich mitgeteilt: Hitler hatte auswärtigen Korrespondenten gegenüber behauptet, er besitze Beweise dafür, daß die Auflösung der SA. durch den Reichsminister auf den Druck des französischen Ministerpräsidenten erfolgt sei. Diese Behauptung ist vollkommen erfunden und verfolgt lediglich den Zweck, die Reichsregierung zu verächtlichen und ihr Ansehen im In- und Auslande herabzusetzen.

Die Finanzhilfe für die Donauländer

Aussprache im Völkerrundrat

W.D. Genf, 15. April. (Tel.) Der Völkerrundrat beschäftigte sich heute vormittag mit den Forderungen des Berichtes des Finanzkomitees über die besonderen finanziellen Bedürfnisse Österreichs, Ungarns, Bulgariens und Griechenlands.

Der Berichterstatter, der norwegische Außenminister Braastad, unterstrich die Notwendigkeit einer raschen Regelung der Kreditbeschaffung und schlug vor, daß der Völkerrundrat die Ausführungen des Finanzkomitees über die von Österreich zu treffenden inneren Maßnahmen zur Besserung der Lage zur Kenntnis nehmen und die Hoffnung aussprechen solle, daß in Österreich alle Anstrengungen unternommen werden, um das Budgetgleichgewicht aufrecht zu erhalten und zu einer wirksamen Lösung der gegenwärtigen Währungsprobleme zu gelangen.

Der österreichische Delegierte, Gesandter Pfäffle, schloß sich den Ausführungen des Berichterstatters an, wobei er die Dringlichkeit wirksamer Hilfsmaßnahmen besonders betonte. Er erklärte, die österreichische Regierung werde mit ihren beschränkten Aktionsmitteln ihre Bemühungen um die Besserung der Lage fortsetzen, und sei dies ohne Hoffnung auf die Verhandlungen zwischen den Großmächten über eine wirksame Hilfe für die notleidenden Donauländer. Praktische Maßnahmen dürften nicht länger aufgeschoben werden.

Der deutsche Außenhandel im März

Abnahme der Ausfuhr um 10,7 Millionen RM.

Im deutschen Außenhandel können sich gegenüber der im allgemeinen Umfangsrestriktion ausmündenden Handelspolitik der Welt einerseits und der besonderen finanziellen Zwangslage Deutschlands andererseits saisonmäßige Tendenzen nur noch schwer durchsehen. So hätte normalerweise im März ein stärkeres Ansteigen der Ausfuhr und ein annähernder Gleichstand der Einfuhr erwartet werden müssen.

Die Einfuhr ist im März um 77 Mill. Reichsmark auf 364 Mill. Reichsmark gesunken. Der Verrückung der Einfuhr (minus 17,5 Proz.) ist ausschlaggebend die Folge der mengenmäßigen Schrumpfung der Einfuhr, die fast 15 Proz. betragen hat; das durchschnittliche Preisniveau ist nur um 3,1 Proz. gesunken. Beteiligt am Rückgang sind die Rohstoffe mit 42 Mill. Reichsmark, die Lebensmittel mit 20 Mill. Reichsmark und die Fertigwaren mit 15 Mill. Reichsmark.

Die Ausfuhr beträgt im März 516 Mill. Reichsmark. Hinzu kommen wie im Vormonat Reparationszahlungen im Werte von 11 Mill. Reichsmark. Die Abnahme der Gesamtausfuhr gegenüber Februar beziffert sich auf 10,7 Mill. Reichsmark, von denen 6 Mill. Reichsmark auf die Fertigwaren und 4 Mill. Reichsmark auf die Rohstoffe entfallen. Zurückgegangen ist die Ausfuhr namentlich nach der Schweiz und Großbritannien, ferner nach China und Dänemark, zugenommen hat der Warenabsatz nach Frankreich, den Niederlanden und Schweden.

Die Handelsbilanz schließt im März mit einem Ausfuhrüberschuß in Höhe von 152 (Februar 86) Mill. Reichsmark ab. Einschließlich der Reparationszahlungen beziffert sich der Ausfuhrüberschuß auf 163 Mill. Reichsmark (97).

Verhaftung eines sächsischen Landtagsabgeordneten. Der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Studentowski wurde in Leipzig verhaftet. Er hatte in einer Versammlung gesagt, daß Hindenburg das Verbot der SA. unterschrieben habe, zum mindesten aber deder, möchte er (Studentowski) am liebsten „auspucken vor diesem erbärmlichen Kerl“. Die Wahl habe es jedem Zweifel entzweit, daß Hindenburg in der Tat der „Kandidat der Marinemeuterer und Deserteure“ gewesen sei.

Wirtschaftliche Umschau

Das deutsche Steuersystem — Der Trinkbraunweinverbrauch — Von der Rheinschiffahrt

Die Vereinfachung unseres Steuersystems ist eine alte Forderung, die sowohl aus den Kreisen der Steuerzahler heraus erhoben wird, wie aus finanzpolitisch interessierten Kreisen in Wirtschaft und Parlament, weil dadurch auch erhebliche Verwaltungserparnisse erzielt werden können. Es sind gewiß durch das Reichsfinanzministerium bereits einzelne Vereinfachungen erfolgt, wie die Heraufhebung der unteren Vermögensgrenze für die Vermögenssteuer (auf 20 000 RM.) und die Einheitssteuer für die Landwirtschaft, aber inzwischen wurden die Steuern noch mehr kompliziert, als dies bisher der Fall war. Es sei hier nur auf die verschiedenen Zuschläge zur Einkommensteuer für Einkommen von mehr als 8000 RM., für Ledige, auf die Krisensteuer, auf die Bürgersteuer hingewiesen, die samt und sonders nicht als eine Erhöhung der Einkommensteuer in zum Teil komplizierter Form bedeuten.

Auch staatspolitisch ist ein solches Steuersystem bedenklich, weil es sichtlich verbitternd auf den Steuerpflichtigen wirkt, da er immer neue Auflagen von den verschiedenen Seiten erhält, zumal zu den Zuschlägen zur Einkommensteuer noch die Kirchensteuer und außerdem jetzt noch das Kirchgeld hinzukommen. Dabei besteht eine womöglich noch kompliziertere Gewerbe- und Realbesteuerung, die außerdem das Einkommen zusätzlich belastet, und all das wirkt sich sicher auch innerpolitisch aus. Sogar außenpolitische Folgen, die nicht zu gering veranschlagt werden mögen, hat die Unübersichtlichkeit unserer Steuergesetzgebung, weil das Ausland, ohne die mannigfachen Zuschläge in Rechnung zu stellen, die Belastung des deutschen Volkes zu niedrig einschätzte und damit seit langem seine Zumutungen begründete.

Aus diesen Gründen wird ein Umbau unserer Steuergesetzgebung von Grund aus befürwortet. Vor dem Kriege hatten wir einen viel einfacheren Aufbau des Steuerwesens, mit eindeutiger Verteilung der Steuerquellen für Reich, Länder und Gemeinden, und deshalb wird es als notwendig bezeichnet, unter solchen Gesichtspunkten den Neuaufbau vorzunehmen, der letzten Endes dann viel mehr als ein Umbau sein würde. Wie erwähnt, ergibt sich aus unserem heutigen Steuerwesen infolge seiner Kompliziertheit auch eine indirekte Mehrbelastung für den Steuerzahler, da vielfach die Steuerbehörden zu ihren Berufsbeamten, wenn sich die Arbeit in bestimmten Perioden stoßweise häuft, noch Angestellte einstellen müssen. Es handelt sich also auch um eine rein rechnerische Frage der öffentlichen Etsats, bei deren Inangriffnahme durch die öffentlichen Stellen und entsprechendem Verständnis der politischen Parteien sich gewiß noch erhebliche Ersparnisse erzielen ließen. Auch muß bedacht werden, daß ein so kompliziertes Steuersystem, wie das jetzige, die Veranlagung und richtige Erfassung der steuerpflichtigen Einkommen und Werte erschwert und so auch zu Steuerhinterziehungen und Schädigung der öffentlichen Kassen Anlaß gibt. Die Reform der Steuergesetzgebung gehört aus allen diesen Gründen zu den wichtigsten Reformen auf dem Gebiet der Innen- und Wirtschaftspolitik.

Der starke Rückgang des Konsums an alkoholischen Getränken in Deutschland ist an und für sich hoch erfreulich, namentlich, weil der Konsum an Trinkbraunwein besonders abgenommen hat. Andererseits zeigen sich freilich auch nachteilige Wirkungen auf der volkswirtschaftlichen und finanzpolitischen Seite. Die deutsche Landwirtschaft hängt zum Teil im stärksten Maß von der Entwicklung der Gärungsindustrie ab, ob sie nun Bier oder Braunwein erzeugen. Außerdem aber spüren die öffentlichen Einnahmen, die mit sehr hohen Beträgen auf die Steuern aus alkoholischen Getränken angewiesen sind, diesen Rückgang nun in so starker Weise, daß man zunächst die Biersteuer ermäßigt hat, wogegen schon deshalb nichts einzuwenden ist, weil das Bier (neben dem keiner Reichsteuer unterliegenden Wein), in vernünftigerem Maß genossen, kaum für Schäden an der Volksgesundheit verantwortlich gemacht werden kann.

Andererseits freilich ist es mit dem Braunwein. Die vom Reichsfinanzminister in Aussicht gestellte Senkung der Braunweinsteuer, die natürlich die Folge einer Ermäßig-

gung des Verkaufspreises gehabt hätte, wurde vom Reichskabinett nicht durchgeführt, wogegen nun das Spirituosen-gewerbe scharf protestiert mit dem Hinweis darauf, daß in Holland der überhöhte Spritpreis gesenkt und neben Verdienst und Arbeit erhöhte Steuereinkünfte geschaffen worden seien. Es ist richtig, daß durch die hohe Besteuerung des Branntweins weiter viele Millionen an Steuerausfällen entziehen (was seit Jahren aus den Ergebnissen der deutschen Branntweinmonopolverwaltung ersichtlich ist) und auch viele Erwerbslose geschaffen werden, da die Betriebe immer mehr eingeschränkt werden. Ferner ist die Landwirtschaft, besonders die im Osten Deutschlands, auf Branntweimbrennerei angewiesen, und außerdem hat sich, gerade infolge der hohen Besteuerung des Trinkbranntweins, die Schwarzbrennerei zu einer gewissen Blüte entfaltet. Allein der Abzug von Trinkbranntwein ist für das Reich gewinnbringend, während der zu ermäßigten Preisen abgesetzte Spirit für technische und Betriebszwecke Zuschüsse erfordert, welche die landwirtschaftlichen Brennereien von der Reichsmonopolverwaltung als direkte Subventionen erhalten. Es ist aber auf keinen Fall anzunehmen und auch nicht zu wünschen, daß der Trinkbranntweinverbrauch wieder auf die frühere Höhe steigt. Er betrug auf den Kopf der Bevölkerung in Deutschland zu Beginn des Jahrhunderts nicht weniger als 8,7 Liter im Jahr und ist jetzt erfreulicherweise auf 0,68 Liter zurückgegangen, wobei freilich zugegeben werden muß, daß auch erhebliche Mengen schwarzgebrannten und geschmuggelten Branntweins in den Verkehr gelangten. Allein in den letzten zwei Jahren ist der Trinkbranntweinverbrauch der 1928/29 rund 660 000 Hektoliter betragen hatte, fast um die Hälfte (auf 360 000 Hektoliter) zurückgegangen, während der Spiritusverbrauch für technische Zwecke, der freilich dem Reich keinen Gewinn bringt, auf seiner vorjährigen Höhe gehalten werden konnte.

Mit Rücksicht auf die östliche Landwirtschaft und ihre große Kartoffelernte hatte man eine Mehrproduktion an Branntwein auch im abgelaufenen Geschäftsjahr zugelassen und, obwohl die hohen Vorräte höchstens eine Ausnutzung von 51 Prozent des Brennrechts rechtfertigten, ein solches von 70 Prozent gestattet. Die Folge ist, daß sich nun die erhebliche Zinsen beanspruchenden Vorräte der Reichsmonopolverwaltung weiter erhöht haben und von 1,58 Millionen Hektoliter auf fast 2 Millionen Hektoliter mit Ablauf des neuen Geschäftsjahres gestiegen sind. Der Überschuß der Reichsmonopolverwaltung hat sich von 212,5 Millionen Reichsmark auf 204 Millionen Reichsmark verringert, wovon rund 200 Millionen Reichsmark vorzugsweise an das Reich abgeführt worden sind. Der durchschnittliche, den Brennereien gezahlte Übernahmepreis für den Hektoliter Weingeist beträgt 53,2 RM, gegen 64 RM im Vorjahr, während insgesamt rund 2,5 Millionen Hektoliter (gegen 2,7 Millionen im Vorjahr) Branntwein an die Monopolverwaltung abgeliefert wurden. Nur der vermehrte Abzug von Spirit als Zuzusatz zum Treibstoff hat einen nennenswerten Rückgang des Gesamtabsatzes verhindert. Die Frage der Zuzusatzung von Spiritus in größeren Mengen zu den Treibstoffen in Verbindung mit einem Reichstreibstoffmonopol ist übrigens weiterhin noch nicht geklärt.

Die Rheinschiffahrt leidet nicht nur wie alle deutschen Verkehrs-Gewerbe und -Einrichtungen unter der Wirtschaftsschrumpfung, sondern bekanntlich außerdem in besonderem Maß durch die Konkurrenz des Auslandes, das bedeutend niedrigere Löhne als die deutsche Schiffahrt bezahlt. Das französische Lohnniveau, das schon immer um 25 bis 30 Prozent niedriger als die deutschen Löhne waren — und außerdem ein Personal hat, das nach seiner Herkunft bei der Übernahme des Schiffsraums zum größten Teil deutsch ist —, ist im Laufe von mehr als einem Jahr um etwa 20 Prozent ermäßigt worden. Das hat zur Folge, daß die französische Rheinflotte fast ausnahmslos beschäftigt ist, während von den auf dem Rhein stillliegenden Schiffen, 95 Proz., die deutsche Flagge führen. Dazu kommt außerdem noch die Konkurrenz der Reichsbahn. Die neuerlich vorgenommenen Verbilligungen der Kohlenfrachten für den kombinierten Eisenbahn-Rhein-Eisenbahnverkehr aus den Kohlengebieten an der Ruhr und bei Aachen nach Süddeutschland werden als ungenügend bezeichnet, weil die direkten Frachten für den Bahnverkehr schon im Dezember vorigen Jahres Ermäßigungen bis zu 26 Prozent erfuhr, und sich diese Ermäßigung besonders auf den Abfahrtspreis der Oberrhein- und Mainhäfen auswirkte. Praktisch sei die Spanne zwischen direktem Verkehr und dem Verkehr über den Rhein verringert, und die Folge sei, daß ein großer Teil des süddeutschen Abgabebereiches vorteilhaft überhaupt nicht mehr über den Rhein bedient werden könne.

Die Kleinschiffer auf dem Rhein, die bekanntlich in dem Partikulärschifferverband Jus et Justitia vereinigt sind, haben zu ihrer Lagung, die für Ende April nach Wiesbaden einberufen worden ist, nun „Staatliche Unterstützung als Übergangsmassnahme“ hinauslaufen, nachdem es offenbar nicht gelungen ist, die Pläne zu verwirklichen, die sich auf eine freiwillige Beschränkung des Beladungsraumes richteten. Es soll nicht nur unter staatlichem Zwang eine gleichmäßige Verteilung des Transportgutes sichergestellt werden, sondern es werden auch Überbrückungskredite, also Subventionen, verlangt, um die Gelder für die Verpflichtungen gegenüber den holländischen Hypothekendarlehen auf Schiffshypotheken

flüssig zu machen und den Verlust des Rahmrums und des Eigenvermögens der Schiffer an Holland zu verhindern. Während hier wohl Subventionen à fonds perdu verlangt werden, wollen die Vorschläge an Frach-tenverteilung ähnliches, wie es bereits durch die Kartellierung der Binnenschiffahrt auf der Oder und der Elbe und den Wasserstraßen zwischen diesen beiden Flüssen durch reichsgefegliche Maßnahmen borgegeben ist und demnächst in Kraft treten soll. Derartige Zwangs-schiffer-Vetriebsverbände und -Frachtausschüsse, mit Kleinschifferkammern, die sich deutlich als Zwangsartelle darstellen, wurden bisher für die Rheinschiffahrt im Hinblick auf ihren internationalen Charakter als schwer durchführbar angesehen. Es fragt sich, ob die Durchführung entsprechend den Forderungen der rheinischen Kleinschiffer nun doch möglich ist.

Die Länderwahlen

11 Landeswahlvorschläge in Württemberg

Der Landeswahlausschuh Stuttgart hat in seiner Sitzung vom 13. April 1932 folgende Landeswahlvorschläge in der nachstehenden Fassung und Reihenfolge festgesetzt:

1. Sozialdemokratische Partei Württembergs,
2. Württembergische Zentrumspartei,
3. Württembergischer Bauern- und Weingärtnerbund,
4. Deutsch-Demokratische Partei,
5. Kommunistische Partei Deutschlands,
6. Deutschnationale Volkspartei (Württembergische Bürgerpartei),
7. Deutsche Volkspartei und Volkserbenervereinigung,
8. Christlicher Volksdienst für Württemberg,
9. Volksrechtspartei,
10. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung),
11. Freie parteilose Wählervereinigung.

Ferner hat der Landeswahlausschuh in derselben Sitzung die von den vorstehend genannten Parteien eingereichten Verbindungserklärungen zugelassen. Wesentliche Anstände haben sich hierbei nicht ergeben.

Aus dem Reichsrat

Für Schutz der Holz- und Waldwirtschaft

Der Reichsrat hielt am Donnerstag seine erste Sitzung nach Ostern ab. Eine längere Aussprache entspann sich über die Verlängerung des Neutralitätsvertrages und des Schlichtungsabkommens mit der Sowjetunion. Die Verträge sollen frühestens am 30. Juni 1933 wieder fäuhbar sein.

Der bayrische Gesandte, Dr. v. Preger, lehnte namens der bayrischen Regierung die Verlängerung ab, solange nicht ausreichende Sicherungen für die deutsche Holz- und Waldwirtschaft geschaffen seien. Der württembergische Gesandte, Vosler, gab gleichfalls eine ablehnende Erklärung ab, in der es heißt, daß die württembergische Holz- und Waldwirtschaft von der russischen Schlenkerkonkurrenz besonders betroffen sei, und daß die württembergische Regierung wiederholt bringende Vorstellungen bei der Reichsregierung erhoben habe, um einen ausreichenden Schutz für die deutsche Waldwirtschaft zu erreichen. Da die vorliegenden Verträge auf eine Weitergeltung der im Rapallovertrag enthaltenen Reichsbegünstigungsklauseln gingen, lehnte die württembergische Regierung die Verlängerung ab.

Der Vertreter der badischen Regierung unterstützte in einer Erklärung nachdrücklich den Wunsch, daß die Reichsregierung baldigst ausreichende Sicherungen für die deutsche Holzwirtschaft schaffen möge. Dieser badischen Erklärung schlossen sich die meisten Länder an. Die preussische Regierung ließ erklären, daß es sich bei den vorliegenden Verträgen um rein politische Verträge handele, denen die preussische Regierung zustimme. Im übrigen hätten die Reichsratsausschüsse bereits beschlossen, in nächster Zeit die Holzfrage ausführlich zu erörtern. Mit Mehrheitbeschluss wurde dann der Verlängerung zugestimmt.

Der Reichsrat genehmigte dann die Ausprägung von weiteren 100 Mill. RM in Fünfmarkstücken. Hierbei wurde aus dem Reichsrat der Wunsch geäußert, daß die Fünfmarkstücke etwas kleiner geprägt werden. In ihrer jetzigen Größe und Schwere seien sie zu einer förmlichen Landplage geworden und hätten eine wesentliche Erschwerung des Verkehrs mit sich gebracht.

Kurze Nachrichten

Die Glückwünsche des diplomatischen Korps. Der apostolische Nuntius überbrachte am Donnerstag in Berlin dem Reichspräsidenten zu seiner Wiederwahl die Glückwünsche des Diplomatischen Korps.

Reichsfinanzler Dr. Brüning hat am Donnerstagabend nach Beendigung der Kabinettsitzung die Reise nach Genf angetreten.

Das Reichsbanner und das Verbot der SA. Die Bundespreffeinstelle des Reichsbanners teilt mit, daß die beschließenden Körperschaften des Reichsbanners sofort nach den Freiwahlen zusammentreten werden, um zu der durch das SA-Verbot geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. Ein früherer Zusammentritt sei nicht möglich, da sämtliche Kräfte durch den Wahlkampf gebunden sind.

Die Berliner „Rote Fahne“ ist wegen Verächtlichmachung und Beleidigung des Herrn Reichspräsidenten auf drei Tage verboten worden.

Der Gemeindefürsorge-Reichsmantel ist bis zum 30. Juni verlängert worden. Über die Lohnsätze konnten sich die Parteien nicht einigen.

Der Haager Renten-Projekt. Bei dringlicher Behandlung des ganzen Verfahrens, kann, wie aus dem Haag gemeldet wird, damit gerechnet werden, daß die Entscheidung des Gerichtshofes frühestens in drei Monaten vorliegen wird.

Kleine Chronik

Die Devisenbewirtschaftungsstelle Düsseldorf ist erheblichen Effektenziehungen auf die Spur gekommen. Hochwertige deutsche Wertpapiere im Betrage von mehreren Millionen Reichsmark sind in letzter Zeit aus dem Auslande nach Deutschland gebracht und an kleine Kaufleute des Rheinlandes von Strohmännern veräußert worden, so daß der Erlös, dessen Höhe noch nicht feststeht, auf unberechtigte Weise ins Ausland gelangt ist.

Wie aus Ceraobaja (Java) gemeldet wird, stürzte dort ein Dornier-Flugboot ins Meer und ging unter. Drei Unteroftiziere, die sich an Bord befanden, werden vermisst. Ein vierter Unteroftizier hat Verletzungen erlitten, denen er bald nach dem Abstieg erlegen ist.

Die Vulkanausbrüche in den Anden

Die Vulkanausbrüche in den Anden haben — wie aus Valparaiso (Chile) gemeldet wird — aufgehört. Die Lage ist jetzt dort wieder vollkommen normal. Es ist kein Opfer an Menschenleben zu beklagen.

Auch aus St. Raphael (Argentinien) wird gemeldet, daß der Aschenregen völlig aufhörte. Die Schulen sind geschlossen, der Handel liegt darnieder und der Verkehr kann infolge starker Sichtbehinderung nicht aufrechterhalten werden. Trotz des Niedergehens großer Aschenmassen sind weder Häuser eingestürzt, noch Menschenleben zu Schaden gekommen. Infolge der anhaltenden Trockenheit macht sich der Lebensmittelmangel in einigen nördlichen Staaten Argentiniens in katastrophaler Weise bemerkbar. Die Regierung trachtet, der heimgejuchten Bevölkerung zu Hilfe zu kommen, namentlich in den Staaten Ceara, Parahyba und Rio Grande del Norte. Vielerorts herrscht förmliche Hungersnot. Die Bevölkerung flüchtet nach den Küstentrichen auf der Suche nach Wasser und Lebensmitteln.

Badischer Teil

Wahl des Reichspräsidenten

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

** Am Freitag, den 15. April 1932, nachmittags 5 1/2 Uhr, findet im großen Sitzungssaal des Ministerium des Innern in Karlsruhe, Schloßplatz 19, 3. Stock, die Sitzung des Kreiswahlausschusses des 32. Wahlkreises zur Ermittlung des endgültigen Abstimmungsresultates des Zweiten Wahlganges der Reichspräsidentenwahl vom 10. April 1932 statt.

Den Stimmberechtigten steht der Zutritt zu der Sitzung offen.

Badischer Landtag

13. Sitzung.

Karlsruhe, 14. April 1932.

Präsident Duffner eröffnet die Sitzung mit der Bekanntgabe zahlreicher Eingänge.

Zunächst werden

Kurze Anfragen

erledigt.

Auf eine nationalsozialistische Anfrage wird regierungsseitig erklärt, daß beim Badenwerk kein Geheimbuch geführt werde, und auch die Angaben über die Gehälter unzutreffend seien. Eine weitere Anfrage der Nationalsozialisten betrifft

das Reichsbanner

Die Regierung erklärt: Das Reichsbanner ist keine Hilfsorganisation des staatlichen Sicherheitsdienstes. Es ist eine freiwillige Organisation zum Schutze der Republik.

Die Regierung hat keine Veranlassung, Erhebungen zu veranstalten, in welchem Umfange Beamte des staatlichen Sicherheitsdienstes dem Reichsbanner angehören und sich außer-dienstlich in ihm betätigen.

Ferner gibt die Regierung Auskunft über die Lage der kriegsbeschädigten Schulklassen.

Baden und NSDAP.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt bei gutgeheißener Haus- und Tribünenstaatspräsident Dr. Schmitt die an anderer Stelle mitgeteilte Erklärung über die Stellung Badens zur Auflösung der SA. und die Betätigung von Beamten in der Nationalsozialistischen Partei ab.

Die Ausführungen des Staatspräsidenten wurden wiederholt von lebhafter Zustimmung der Mehrheit und heftigem Widerspruch der Nationalsozialisten begleitet. Sie lösten zum Schluß lautes Bravo! in den Bänken der Regierungsparteien aus.

Für den Geschäftsordnungsausschuh berichtet Abg. Dr. Wolfhard (Staatsp.) über die

Mandatenüberlegung des Abg. Dr. Leers.

Das Haus nimmt davon Kenntnis und der Präsident begrüßt sodann den neuneintenden staatsparteilichen Abgeordneten Kaufmann Reumann, Karlsruhe.

Um die Elektrifizierung der Rheintalbahnlinie Frankfurt-Basel

Abg. Dr. Wolfhard (Staatsp.) begründet folgende förmliche Anfrage seiner Fraktion:

Nach glaubwürdigen Zeitungsberichten haben die französischen Bahnen die Elektrifizierung der Eisenbahnlinie Straßburg-Basel an den Kopf ihres Programms gestellt.

Diese von Westen her drohende Überflügelung der deutschen Rheintalbahn wird sich im Personen- und Güterverkehr sehr empfindlich zum Nachteil der Reichseisenbahn auswirken. Es besteht die Gefahr, daß durch die Elektrifizierung der französischen Rheintalbahn der Verkehrsstrom von den großen badischen Städten am Oberrhein sehr erheblich abgelenkt wird.

Wir fragen an:

1. Was hat die Badische Regierung im letzten Jahr getan, um die unerläßliche Elektrifizierung der Strecke Frankfurt a. M.—Basel im unmittelbaren Anschluß an die Elektrifizierung der Oberrheinischen Rheintalbahn als Ziel der Aufrechterhaltung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit dieser Linien zur Durchführung zu bringen?
2. Welche Maßnahmen gedenkt die Regierung weiterhin bei Reich und Reichsbahnverwaltung zu ergreifen, um dieses Ziel der Elektrifizierung — auch im Hinblick auf die dringend notwendige Arbeitsbeschaffung im schwerbelasteten Grenzland Baden — mit möglichst früher Beendigung zu erreichen?

Der Redner hat den Eindruck, daß von Baden aus zu wenig geschehe. Unser Grenzland, das seinerzeit dem Reich ein ausgezeichnetes Eisenbahnnetz übergeben habe, befindet sich gegenüber Württemberg in der Elektrifizierungsfrage gewaltig im Nachteil. Baden habe schwer unter der ausländischen Bahnkonkurrenz zu leiden und es sei an der Zeit, daß die maßgebenden Stellen in Berlin der Not des Grenzlandes Rechnung tragen.

Die Antwort der Regierung erfolgte später im Laufe der Sitzung.

Sie wurde namens des Finanzministers von Ministerialrat Dr. Seeger erteilt und besagt: Die Zeitungsberichte über die Elektrifizierung französischer Bahnen haben den Finanzminister veranlaßt, noch vor Eingang der förmlichen Anfrage mit dem Generaldirektor der Reichsbahn-Gesellschaft ernst ins Benehmen zu treten. Schon in einem früheren Stadium hat sich ein Ausschuh mit der Prüfung der Frage befaßt, und der Reichsfinanzminister hat sich sehr für die badischen Be-

lange eingezogen. Die Verhandlungen wurden durch die Juli-
1931 jah unterbrochen. Der badische Finanzminister
wird seine Bemühungen zur Durchföhrung der Elektrifizierung
Gesellschaft zur Verwirklichung des großen Unternehmens zu
bewegen. Auch bei der Frage der Arbeitsbeschaffung wird sich
Gelegenheit geben, die badischen Wünsche erneut mit Nach-
druck in Berlin geltend zu machen.

**Bericht des Ausschusses für Rechtsplege und
Verwaltung.**

Abg. Feinzmann (Zentr.) berichtet über den kommunisti-
schen Antrag zum

Milchgesetz

dem die Zustimmung versagt werden soll.

Abg. Bod (Komm.) macht zur Begründung seines Antrags
längere Ausführungen. Er ist gegen das Milchgesetz, weil
es den kleinen Bauern und Händlern untragbare Lasten
bringe. Er verlangt Aufhebung der badischen Vollzugsver-
ordnung. Soweit besondere hygienische Maßnahmen bei der
Milcherzeugung notwendig seien, sollen die Kosten der dazu
notigen Einrichtungen für bäuerliche Familienbetriebe auf
die Staatskasse übernommen werden.

Innenminister Maier

führt aus, er hätte geglaubt, ein Kommunist würde über die
Art der Milchwirtschaft, wie sie das Milchgesetz vorsieht, Ver-
ständnis haben. In Rußland greife man doch mit ganz an-
derem Zwange in die Wirtschaft ein als bei uns. Man hätte
es sich gefallen lassen, wenn Abg. Bod als Kommunist für fol-
gende Forderungen eingetreten wäre: verbilligte Milch für
den Konumenten, anständiger Preis für den Produzenten
und Belieferung mit hygienisch einwandfreier Milch. Der
Minister erläutert dann die Gründe, die zum zwangsmäßigen
Zusammenschluß führen.

Das Milchgesetz habe den Zweck, die gesamte Milch zu er-
fassen, eine hygienisch einwandfreie Milch zu garantieren und
dem Bauern zu ermöglichen, einen wenn auch geringen Ver-
dienst aus der Milchwirtschaft herauszuholen. Die Regie-
rung lehne den kommunistischen Antrag ab, weil er wieder
zur Anarchie auf dem Gebiete der Milchwirtschaft führen
würde.

Regierungsrat Dr. Bader ergänzt als zuständiger Referent
die Ausführungen des Ministers nach der technischen Seite
hin.

Nach dem kurzen Schlufwort des Abg. Bod (Komm.) gibt
Abg. Merk für die Nationalsozialisten die Erklärung ab, daß
diese jede Verantwortung für die Durchführung des Milch-
gesetzes ablehnen müßten, da die Dinge nicht schematisch ge-
regelt werden könnten.

Der kommunistische Antrag wird bei Stimmenthaltung der
Nationalsozialisten abgelehnt.

Nach 8 Uhr tritt Vertagung ein.
Nächste Sitzung Freitag vorm. 9 Uhr.

Der Notruf des badischen Waldes

14. Sitzung

OB. Karlsruhe, 15. April 1932.

Präsident Duffner eröffnet gegen halb 10 Uhr die 14. Sit-
zung. Eine Reihe von Tagesordnungspunkten wird abgelehnt.
Das Haus beschäftigt sich mit den Anträgen und Eingaben
zur

Notlage der badischen Wald- und Forstwirtschaft

Abg. Seubert (Zentr.) erstattet einen ausführlichen Bericht
über die Ausschufverhandlungen und empfiehlt die An-
nahme folgender Anträge Duffner u. Gen. (Zentr.):

1. Steuerliche Entlastung der badischen Waldwirtschaft.
Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu eruchen
1. angeichts der großen Not in der Waldwirtschaft den für
größere Güter noch bestehenden 50prozentigen Sonderzu-
schlag aufzuheben,
2. von § 13 Absatz 1 GStW. weitestgehend Gebrauch zu
machen, sowohl in bezug auf laufende Steuern wie auf
Steuerrückstände, unter Berücksichtigung der in ihrer
Existenz besonders gefährdeten bäuerlichen Betriebe,
3. die die Verwendung einheimischen Holzes regelnden Er-
lasse durch eine Verordnung zu ersetzen, welche den Ver-
wendungsdruck für deutsches Holz bei allen mit öffent-
lichen Gebäuden gebauten Gebäulichkeiten fordert,
4. der Verwendung einheimischen Holzes, speziell von Pa-
pierholz, durch Gewährung frachtartifizischer oder steuer-
licher Begünstigungen Unterstützung zu gewähren,
5. die Förderung des Holzhausbaues durch Gewährung gün-
stiger Zahlungsbedingungen an den Käufer von Rund-
holz aus Staats- und Gemeindegeld zu unterstützen.

II.

Maßnahmen zum Schutz der badischen Wald- und Holzwirtschaft.

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung um Vorstel-
lungen bei der Reichsregierung zu eruchen, daß diese fol-
gende Maßnahmen zum Schutz der badischen Wald- und
Holzwirtschaft ergreift:

1. Einwirkung auf die deutsche Reichsbahn, um die Auf-
hebung der für die badische Holzwirtschaft vernichtenden
Durchfuhrtaxe zu erreichen, und
2. Verbesserung der Nachfrachten für Rund- und Schnitt-
holz;
3. Einführung von Einfuhrzöllen für Holz;
4. Zurückführung der Holzeinfuhr, besonders aus den Ost-
ländern, auf ein für die deutsche Holzwirtschaft erträg-
liches Maß;
5. Wahrung der speziell badischen Interessen gegenüber
Holzeinfuhrsperrern der Nachbarländer und bei der Neu-
regelung der Handelsverträge mit den unmittelbaren
Nachbarländern Schweiz und Frankreich;
6. Verbesserung der Mengenspanne zwischen Rundholz und
Schnittholz im deutschen Einfuhrkontingent bei der
Schweiz zugunsten des Schnittholzes.

Ein Antrag Merk (Nat.-Soz.) soll durch die Annahme obier-
ger Anträge für erledigt erklärt, die Eingaben des Bad.
Waldbesitzerverbandes, des Bad. Grundbesitzerverbandes und
des Verbandes badischer Gemeinden der Regierung empfeh-
lend überweisen und das Gesuch der Bad. Landwirtschafts-
kammer vom 28. Okt. 1931 durch die Erklärung der Regie-
rung für erledigt erklärt werden.

Zur Begründung seines Antrags nimmt Abg. Duffner
(Zentr.) das Wort. Er bedauert, daß die badischen Inter-
essen bei der Berliner Birkokratie kein Verständnis gefunden
haben. Man müsse wissen, welch verhängnisvolle Umstellung die
gesamte badische Wirtschaft an der Grenze vornehmen mußte.
Dazu kommt der Umstand, daß die sächsische Industrie
in einer geradezu ungläubigen Weise vernachlässigt wurde.
Der Redner wendet sich insbesondere gegen die Holzeinfuhr

aus Rußland, die dazu führe, daß 27 Prozent des deutschen
Holzes nicht verwertet werden können. Alle Geschäfte, die
russischerseits an Bedingungen geknüpft würden, die den deut-
schen Binnenmarkt zu erschlagen geeignet seien, müßten aus
der Ausfuhrliste herausgenommen werden.

Angeichts der deutsch-schweizerischen Handelsvertragsver-
handlungen äußert der Redner den lebhaften Wunsch, daß es
gelingen möge, das alte freundschaftliche Verhältnis zur
Schweiz wieder herzustellen. Das sei für die gesamte ober-
badische Industrie von allergrößter Bedeutung. Man denke
vor allem an die Sägewerke und Waldbesitzer an den Süd-
hängen des Schwarzwaldes, die am Schweizer Geschäft inter-
essiert sind.

Abg. Duffner fuhr fort: Die Architekten sollten das Holz
wieder zu Ehren bringen. Der Abg. Dr. Schofer hatte Recht,
wenn er einmal die modernen Bauten als feilenlos bezeich-
nete. Der Landesforstmeister möge in der Abgabe von billiger
Laubholz großzügig verfahren, da in manchen Gegenden
eine noch nie dagewesene Not zu verzeichnen sei.

Abg. Merk (Nat.-Soz.) begründet den Antrag seiner Fra-
ktion. Wo bleibe die Reichsregierung, die gegenüber der
nord- und mitteldeutschen Industrie für einen Ausgleich jorg?
Baden habe zum Schutze des Waldbesitzes gar nichts erreicht.
Es sei eine völlige Sperrung der Holzeinfuhr aus dem Auslande
zu fordern, ferner dafür zu sorgen, daß bei allen behördlichen
Bauten nur deutsches Holz verwendet wird. In den Ver-
handlungen mit der Schweiz scheine die deutschen Vertreter
eine glückliche Hand gehabt zu haben. Österreich hätte in
bezug auf die Holzaußfuhr weit mehr erreicht, als das große
Deutschland.

Die Aussprache

eröffnet Abg. Mentz (D. Vp.). Der Etat lasse erkennen, daß
aus dem Staatswald kaum mehr etwas herauszuholen sei.
Wie viel schlimmer muß es dem Privatwald ergehen, auf dem
noch die Steuern lasten. Hier seien die Zinsen höher als
der Reinertrag. Zu dem gewaltigen Rückgang der Ausfuhr
komme der stark gesunkene Inlandsverbrauch infolge der all-
gemeinen Wirtschaftslage. Der Redner wendet mit erschüt-
ternden Zahlen auf. Das Bild verüstere sich noch mehr durch
die Verschlechterung des Binnenmarktes infolge einer Holz-
einfuhr von heute noch 200 000 Tonnen. Es müße unter allen
Umständen Abhilfe geschaffen werden, indem man statt Glas-
dachiger Spindächer, statt steintreppen Holztreppen baut. Auch
Steuernachlässe seien ein Gebot der Stunde. Die Vorberei-
tungen des Holzverarbeitungsverfahrens von Prof. Bergius,
Heidelberg, seien sofort gebieten, daß binnen kurzem die Er-
richtung eines Werkes in Mannheim-Mheinau in Aussicht
steht, falls die badische Regierung einigerm Entgegenkommen
zeigt.

Abg. Kühn (Zentr.) berichtet über ein Gesuch des Verban-
des badisch-pfälzischer Zimmermeister e. V. in Freiburg
wegen

Änderung der badischen Landesbauordnung.

Der Rechtsplegeauschuß beantragt, das Gesuch der Regie-
rung zur Kenntnis zu überweisen in dem Sinne, daß die
Verwendung von Kartholz beim Treppenebau überall da ge-
statet werden soll, wo nach Lage des Falles eine Feuergefahr
als ausgeschlossen gelten kann.

Finanzminister Dr. Mattes

führt aus, die Regierung wolle den Holzhausbau unterstützen,
nicht allein dadurch, daß sie auf der Ausstellung der D. V. G.
dafür wirbt, sondern durch praktischen Vorgehen. Es sollen
zehn Holzhäuser für Forstwärter im Lande Baden erstellt wer-
den.

Für die Holzwirtschaft, so fährt der Minister fort, sei das
Entscheidende nicht die Einfuhrfrage, sondern die Preisfrage.
Wir können auch heute nicht den Holzbedarf vollkommen aus
dem Inland decken. Der Kernpunkt des Problems liege bei
der Stellungnahme der Reichsregierung zu der Frage: Können
wir Zölle und Einfuhrzölle einführen? Wir können
hier nur zur Geltung bringen, daß wir einen stärkeren Schutz
unserer Waldwirtschaft wollen. Es ist aber nicht so, als ob
auf dem Gebiete der Einfuhrbeschränkungen gar nichts ge-
schehen wäre. Wir hatten 1914 eine Mehreinfuhr von 14 Mil-
lionen Festmetern, 1930 eine solche von 9,3 Millionen und im
letzten Jahr waren es 4,2 Millionen. Die Reichsregierung
hat dabei mitgewirkt auf dem stillen Wege der Devisenbewir-
tung.

Den Antrag Merk lehnt der Minister ab. Der national-
sozialistische Redner habe wohl Forderungen gestellt aber
keinen Weg gezeigt, wie man es besser machen könne.

Die Verfuhr der Verwertung des Holzes nach dem Verfab-
ren von Prof. Bergius können für unsere Landwirtschaft
von außerordentlicher Bedeutung werden. Die Regierung wird
sich nächsten darüber schlüssig werden, ob sie die von Prof.
Bergius gewünschte besondere Unterstützung gewähren kann
oder nicht.

Abg. Nüder (Sozdem.) stimmt den Zentrumsanträgen im
allgemeinen zu. Ob die Architekten zur alten Bauweise zurück-
kehren, sei fraglich. Wir haben in Baden nicht nur eine Holz-
industrie, sondern auch eine notwendige Stein- und Zement-
industrie. Bei der Holz- und Waldwirtschaft werde der Staat
selbst in außerordentlichem Umfang in Mitleidenschaft ge-
zogen. Die Sozialdemokraten würden darum alles unter-
stützen, was geeignet sei, die Verwendung des heimatischen
Holzes zu fördern.

Abg. Bod (Komm. P.) kämpft gegen die Behauptung, daß
die russische Holzeinfuhr die deutsche Wirtschaft schädige. Für
die Kommunisten seien die Anträge, gleich von welcher Seite
sie kämen, unannehmbar, weil sie dem kapitalistischen Inter-
esse dienen.

Abg. Merk (Nat.-Soz.) hält an der Tatsache eines russischen
Dumpings fest. Er setzt sich nachdrücklich für die Verwendung
deutschen Holzes beim Hausbau ein.

Abg. Fischer-Konstantz (Zentr.) beklagt die moderne Bau-
weise. Man hätte die Heimatkultur mehr pflegen sollen. Wir
haben das Holz und lieben es nicht!
(Fortsetzung des Berichts in der nächsten Nummer.)

Finanzminister Dr. Mattes spricht am Dienstag

Nach Beschluß des Vertrauensmännerausshusses wird die
Rede des Finanzministers Dr. Mattes zum Staatshaushalt
1932/33 von der heutigen Tagesordnung abgehakt; sie wird erst
am nächsten Dienstag vormittag gehalten. An diesem Nach-
mittag und am Mittwochmorgen wird der Etat des Unter-
richtsministeriums behandelt. Dann erfolgt eine Unterbrechung
der Sitzungen bis nach den Kreustagen, um den badischen
Abgeordneten Gelegenheit zur Wahlarbeit in den Nachbar-
ländern zu geben. (Zu Ende der nächsten Woche tagt die eban-
genische Landesynode im Landtagsgebäude.) Nach der Wahl-
woche soll zunächst die politische Aussprache stattfinden und
dann die Beratung der einzelnen Haushaltsstellen fortgesetzt werden.

Neue Eingänge

Unter den Neueingängen befindet sich ein Antrag der Kom-
munisten zwecks Aufhebung der durch Verordnung vom 12. De-
zember bestimmten Gehaltszahlungsstermine für die Jahre

1932/33, ferner ein nationalsozialistischer Antrag zur Notlage
badischer Künstler. Unter der großen Zahl der eingereichten
Gesuche befinden sich solche verschiedener Beamtenorganisati-
onen zum Staatsvoranschlag, ferner des Verbandes badischer
Gemeinden zur Landstraßenunterhaltung, des badischen Städte-
verbandes zur Übernahme der Gemeindegrundbuchbeamten
durch den Staat, des Bundes deutscher Architekten, Landes-
verband Baden, zur Senkung der Grundbesitzersteuer und der
Arbeitsgemeinschaft badischer Krankentassenverbände zur Ge-
werbeertragssteuer.

Aus den Parteien

Wie der „Führer“ ankündigt, wird gegen die Durchführung
der in der Erklärung des Staatspräsidenten Dr. Schmitt gegen
nationalsozialistische Beamte angeordneten Strafen vom Gau
Baden der NSDAP. eine einstweilige Verfügung beim Staats-
gerichtshof beantragt werden.

Der Gauleiter, Landtagsabgeordneter Robert Wagner, jagt
in einer Mitteilung „An die nationalsozialistischen Beamten
in Baden!“ u. a.: „Es ist unwahrscheinlich, daß die NSDAP. ge-
setzt- bzw. verfassungswidrige Bestrebungen verfolgt. Die NSDAP.
ist und bleibt eine Partei, die ihre Ziele nur auf legalen Wege
zu erreichen sucht. Bis zur grundsätzlichen gerichtlichen Entschei-
dung über die Regierungserklärung sind alle Reichs-, Staats-
und Gemeindebeamte, die Parteiämter innehaben, beurlaubt.“

In einer kurzen Anfrage der Nationalsozialistischen Land-
tagsfraktion wird die Regierung um Auskunft erucht, ob von
dem Verbot der Betätigung badischer Beamten für die NSDAP.
auch die Betätigung in den Organen der Selbstverwaltung, im
Landtag oder Reichstag betroffen wird.

Die Nationalsozialistische Landtagsfraktion fordert in einem
Antrag, die badische Regierung solle bei der Reichsregierung
dafür wirken, daß für die Dauer des Verbots der NSDAP.
und SS. auch die anderen parteipolitischen Selbstschutzformationen,
wie Reichsbanner, Eisener Front, Antifa, Badenwacht verboten
werden.

Aus der Landeshauptstadt

Nationalsozialistische Demonstrationen

Zu den nationalsozialistischen Demonstrationen am Don-
nerstagabend wird uns geschrieben:

Die Demonstrationen der Nationalsozialisten, die offenbar
mit der Auflösung der SA im Zusammenhang stehen, und die
sich nach dem unten wiedergegebenen Polizeibericht auch am
Donnerstag wiederholten, sind zweifellos planmäßig veran-
staltet, um eine künstliche Erregung und damit Störungen der
öffentlichen Ruhe und Ordnung herbeizuführen. Die hiesige
Führung der Nationalsozialisten scheint jetzt das durchzuführen
zu wollen, was sie im „Führer“ Nr. 75 vom 29. März 1931
ankündigt hat. Damals war kurz vorher im Landtag eine
formliche Anfrage (Nr. 39) eingebracht worden, in der be-
hauptet wurde, das Ministerium des Innern sammle Material
gegen die SA, um gelegentlich ein Verbot herbeizuführen zu kö-
nnen. In dem erwähnten Artikel des „Führer“ vom 29. März
wurde diese Behauptung wiederholt. Dann hieß es:

„Falls es der badischen Regierung angenehmer ist, statt mit
einem geschlossenem disziplinierten Verband, der fest in der
Hand seiner verantwortlichen Führer liegt und jederzeit kon-
trollierbar ist, mit einer unzusammenhängenden Masse ver-
stümmelter junger Menschen, für deren Tun und Lassen die
NSDAP. dann selbstverständlich jede Verantwortung ableh-
nen muß, zu tun zu haben, so mag sie immerhin verbleiben.“

„Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei lehnt
jedenfalls vom Augenblick eines SA-Verbots an jede Verant-
wortung für die ihrer Autorität entthobenen Leute ab.“

„Sie wird Vorgänge, welche heute die Disziplin der
geschlossenen SA. ausgeschlossen sind, die aber mit dem Augen-
blick einer Auflösung sehr wohl in den Bereich des Möglichen
gerückt werden dürften, nicht billigen, aber sie wird Verständ-
nis haben, für die maßlose Verbitterung, welche ein derart
ungerechtes und ungerechtfertigtes Vorgehen in den Reihen
der Betroffenen erzeugt. Die badische Regierung müße sich
das weislich durch den Kopf gehen lassen, ehe unübersehbares
Unheil angerichtet wird.“

Es besteht kein Zweifel, daß die Führer der Nationalsozia-
listen die damals ausgesprochene Drohung jetzt, wo das Ver-
bot der SA. von Reichs wegen praktisch geworden ist, zu ver-
wirklichen suchen, die jungen Leute aufheben und auf die
Straße schicken. Von einer „Erregung in der Bevölkerung“
ist keine Spur vorhanden. Die Demonstranten sind lediglich
junge Leute, die offenbar mit Wissen des Stabsleiters des
Gaukommandos Baden der SA, Moraller, der heute den Rang
eines Standartenführers (Regimentskommandeurs) bekleidet
und schon im vorigen Jahre unter dem Namen „Kampf“ für
den Fall der Auflösung der SA. im „Führer“ Nr. 75 Demon-
strationen angekündigt hat, auf die Straße geschickt werden,
um eine Erregung der Bevölkerung vorzutäuschen, um Ruhe-
störungen hervorzurufen. Dieses Treiben wird die Polizei
unter gar keinen Umständen dulden und vor den schärfsten
Maßnahmen nicht zurückfahren, wenn weitere Demonstra-
tionsversuche unternommen werden.

Der Polizeibericht meldet:

Am Donnerstag kam es in der Kaiserstraße zwischen Markt-
platz und Kreuzstraße, insbesondere am „Führer“-Verlag, wie-
derholt zu kleineren und größeren Ansammlungen meist halb-
wüchsiger Burschen, so daß die Polizei mehrere Male eingreifen
mußte. Diese Zusammenrottungen, die planmäßig bald hier
bald dort in Erscheinung traten, nahmen nach Geschäftschluß
einen derartigen Umfang an, daß die Polizei die ganze mit-
lere Kaiserstraße von der Mitter- bis zur Kreuzstraße, sowie
den Marktplatz und die Karl-Friedrich-Straße vom Jürl bis
Rondellplatz säubern und längere Zeit abgesperrt halten
mußte. Dabei wurde der Polizei verschiedentlich Widerstand
entgegengesetzt, der unter Anwendung des Gummiknüppels
gebrochen wurde. Auch außerhalb der Absperung mußten wie-
derholt Ansammlungen und Sprechchöre der Nationalsozialisten
durch starke Polizeistreifen aufgelöst werden. Insgesamt
gelangten 36 Personen zur Festnahme. Am Mitternacht war
die Ruhe wieder soweit hergestellt, so daß die Absperung
aufgehoben werden konnte.

Da das Gebäude des „Führer“-Verlags Mittelpunkt der An-
sammlungen war, und die Störungen von diesem Gebäude
gefördert worden sind, wurde der Gauleitung der NSDAP.
die polizeiliche Schließung des Hauses für den Fall der Wie-
derholung der gezeigten Vorgänge angedroht.

Der Levita-Prozess

Im Levita-Verfahren wurde am Donnerstag mit der Zeugenvernehmung begonnen. Kurt Helber, Geschäftsführer bei der Reemtsma, gab auf Befragen noch einmal die Gründe bekannt, die zu dem Kaufangebot der Broschüre Levitas geführt haben.

Der Zeuge, der frühere Zigarettenfabrikant Adolf Lummel in Dresden, machte über Dr. Schulte sensationelle Angaben, indem er diesen nicht nur als einen Mann, der Schmiergelder erhielt, sondern auch als einen Expresster bezeichnete.

Gegen 9 Uhr abends wurde die Sitzung vertagt.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe, von Freitagmorgen: Die Wetterlage hat sich wesentlich geändert. Eine im Südosten Europas liegende Zyclone beginnt ihren Einfluß in nordwestlicher Richtung zu erweitern.

Gemeinderundschau

Aus dem Mannheimer Bezirksrat. Nachdem kürzlich schon der Bezirksrat über die Beschwerden von einigen Altkuhheimer Tabakpflanzern zu entscheiden hatte, standen in der letzten Bezirksratssitzung die Beschwerden von Tabakpflanzern aus Mannheim, Feudenheim, Neilingen und Ketsch zur Beratung.

Um das Schicksal der Bühleralbahn. Der Kreisrat Baden-Baden hat einen Beitrag für die Bühleralbahn abgelehnt, nachdem die Stadt Bühl und die Gemeinden Altschweier und Bühleralbahn kein besonderes Interesse an der genannten Bahn bekundet haben.

Die Gasfernversorgung Oberbaden. Die Gasfernversorgung Oberbaden G.m.b.H., die über ein Stammkapital von 100 000 RM verfügt, welches sich in den Händen der Allgemeinen Energieversorgung AG, Heidelberg, und der Stadt Freiburg befindet, hat am 9. April ihre Gesellschafterversammlung über das Geschäftsjahr 1931 in Freiburg abgehalten.

Stellenausschreiben

Die Vorstandsstelle des städt. Forstamts Heidelberg ist auf 1. August 1932 neu zu besetzen. Bewerber, welche die Staatsprüfung für den höheren badischen Staatsforstverwaltungsdienst bestanden haben, wollen ihr Bewerbungsschreiben mit Angabe der Gehaltsansprüche unter Anschluß einer beglaubigten Abschrift des Prüfungszeugnisses, eines handschriftlich geschriebenen Lebenslaufes und einer Darstellung der bisherigen Dienstlaufbahn bis längstens zum 15. Mai 1. J. anher einreichen.

Heidelberg, den 14. April 1932. Der Oberbürgermeister.

N.890. Bruchsal. Konkursverfahren über das Vermögen des Eduard Albrecht, Schuhmacheremeister in Langenbrücken ist zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Verzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, zur Beschlussfassung über die nicht verwertbaren Vermögensstücke sowie zur Festsetzung der Vergütung und Auslagen des Verwalters Schlichtermin und zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen besonderer Prüfungstermin bestimmt auf: Donnerstag, den 12. Mai 1932, vorm. 11 Uhr, vor dem Amtsgericht, I. Stod. Zimmer Nr. 8. Bruchsal, den 12. April 1932. Amtsgericht IV.

Kurze Nachrichten aus Baden

Die Auflösung der SA. und SS.

D3. Mannheim, 14. April. In den gestrigen Abendstunden marschierten Angehörige der NSDAP. in mehreren Trupps vom Bahnhofs durch den Kaiserweg nach der Heidelberger Straße. Beim Erscheinen der Polizei ergriffen sie die Flucht.

D3. Heidelberg, 15. April. Die Polizei besetzte gestern abend das Haus der Nationalsozialistischen Partei in der Geisbergstraße vorübergehend. Sie wollte es völlig schließen, weil sie der Annahme war, daß es in erster Linie ein Heim der SA. und SS. benutzt werde.

D3. Schwetzingen, 14. April. Wie man hört, wurde auf der hiesigen Gemarung bereits gestern der erste Spargel geerntet. Durch das unbeständige Wetter ist jedoch damit zu rechnen, daß erst Ende April der Spargelmarkt eröffnet werden dürfte.

bb. Goldschmied (bei Kehl), 14. April. Das Wasser- und Straßenbauamt Offenburg hat im Laufe der letzten Monate an der Straße zwischen Marlen und Kehl-Sandheim die sehr schiefe übersehbare Kurve beim ehemaligen Zwischenweg gebrochen und die Straße wesentlich verbreitert.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

Table with columns for location, date (15 April), and exchange rates (Gold, Silber, etc.) for various cities like Amsterdam, Kopenhagen, etc.

Von den Börsen

Nach nahezu 7 Monaten ist in dieser Woche der normale Vorfenverkehr mit amtlicher Kursfestsetzung wieder aufgenommen worden. Die Eröffnung verlief ruhig und auch technisch verhältnismäßig befriedigend.

Auf dem Geldmarkt ist eine gewisse Erleichterung eingetreten. Der Privatdiskont wurde mehrmals herabgesetzt, aber auch die Reichsbankrate wurde endlich von 6 auf 5,5 Proz. ermäßigt.

Der Londoner Feingoldpreis

Nach einer Bekanntmachung der Reichsbank (Statist. Abteilung) vom 13. April 1932 beträgt der Londoner Goldpreis am 13. April 1932 für eine Unze Feingold 109 sh. 5 d.

Karlsruher Lebensversicherungsanstalt A.G. - Höherer Reingewinn, niedrigere Aktionärsdividende von 10 Proz. (i. V. 12 Proz.), Stärkung der inneren Reerven. - Das Geschäftsergebnis ist trotz der Wirtschaftskrise befriedigend.



Badisches Landestheater

Samstag, den 14. April 1932 C 23. Th.-Gem. 901-1000

Hoffmanns Erzählungen

Von Offenbach Dirigent: Krips

Regie: Dr. Baag Mitwirkende: Klaut, Haberkorn, Winter, H. Götzinger, Gopsch, Kalubach, Kiefer, Löser, Rentwig, Cerner

Anfang 20. Ende nach 22 1/2, Preise D 0,90-5,70 RM

So. 17. 4. Morgenfeier 'Wilhelm Busch'. Nachm.: Der Wildschütz. Abends: Rigoletto. Im Konzerthaus: Zur goldenen Wiebe.

Wir werben für Sie!

Druck G. Braun, Karlsruhe

DIE BEILAGEN

der KARLSRUHER ZEITUNG (Badischer Staatsanzeiger)

Zentralhandelsregister f. Baden Bad.Zentralanzeiger für Beamte Wissenschaft und Bildung Badische Kultur und Geschichte Badische Wochenschriftenblätter Amtl. Berichte d. Bad. Landtags

machen sie zu einem vielbeachteten Inserentionsorgan

Inserieren auch Sie!

Sie werden bestmüt zufrieden sein